

Frankfurt, 14.01.2022

## Pressemitteilung der hessischen Initiativen zum bedingungslosen Erhalt unser aller Grund- und Menschenrechte

Nach Ansicht der Vertreter verschiedener Initiativen vergreift sich der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) erneut im Ton und setzt seine Politik der falschen und nicht belegbaren Anschuldigungen fort, lässt dabei jegliches Augenmaß vermissen und fördert damit weiter die Spaltung der Gesellschaft.

Im Kommunalbrief vom 7. Januar 2022 kommentiert Beuth die Protest-Spaziergänge gegen die Corona-Politik vom Montag, 2. Januar. Laut Beuth hätten hessenweit etwa 10.000 Menschen daran teilgenommen, die Zahl ist unserer Ansicht nach stark untertrieben. Um den Eindruck von gewalttätigen Zusammenkünften zu vermitteln, nennt Beuth zuvorderst einen Angriff einer einzelnen Person auf Polizisten, spricht aber im Fortgang von friedlichen Versammlungen. Wir kritisieren einmal mehr die Unverhältnismäßigkeit des Innenministers, zumal er Hintergründe zur angeblichen Attacke in Fulda nicht nennt. Von einzelnen Spaziergängern haben Polizisten laut Beuth auch die Personalien festgestellt, um „*Verstöße zu ahnden*“. Wir fragen uns, gegen welche Regeln Spaziergänger verstoßen können, uns sind keine rechtsverbindlichen Leitlinien bekannt. Wir kritisieren in diesem Zusammenhang das willkürliche Vorgehen einzelner Polizeieinheiten, die unter Androhung körperlicher Gewalt friedliche Spaziergänger schikaniert und in Einzelfällen auch verhaftet haben. Dazu sind uns einige Fälle persönlich bekannt.

Beuth erläutert in seinem Schreiben an die Bürgermeister, mit welchen massiven Mitteln der Überwachung Polizei, Verfassungsschutz und andere Behörden vorgehen, um „*regionale Einsatzkonzepte frühzeitig entsprechend anpassen zu können*“. Abschließend räumt er allerdings ein, dass „*aktuell keine konkreten Hinweise für eine Gefährdung*“ vorliegen. Das hier ebenfalls fehlende Augenmaß ist nach unserer Ansicht ebenso kritikwürdig, wie der wiederholte Versuch Beuths, die Montags-Spaziergänger dem rechten Spektrum zuzuordnen.

Insgesamt verliert sich Beuth erneut in unhaltbaren Spekulationen, wenn er am Ende seines Briefes, die „*kommunale Familie*“ lobt, die dazu beitragen könnte, „*verhältnismäßige Reaktionen auf eventuelle Gefahrenpotenziale (...) zeigen zu können*“. Beispiele möglicher Gefahrenpotenziale fehlen, weil es sie schlicht nicht gibt. Uns ist jedoch bekannt, dass die Polizei angewiesen ist, mit Härte gegen Kritiker vorzugehen, ob die bisherigen Reaktionen der Beamten verhältnismäßig waren und künftig auch sind, werden in vielen Fällen sicher die Gerichte zu entscheiden haben.

Wer allerdings die Polizei auffordert, mit besonderer Härte gegen friedliche Menschen vorzugehen, hat jedes Augenmaß verloren und sollte von seinem Amt zurücktreten, richten die Initiativen ihre Forderung erneut an Beuth. Auch fordern wir die Vertreter der Kommunen – Bürgermeister und Mandatsträger – dazu auf, ihr eigenes Rechtsverständnis, ihre moralischen und ethischen Prinzipien in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen, und nicht weiterhin Steigbügelhalter einer Politik der Diffamierung und Spaltung zu sein, wie sie Bundes- und Landesregierungen seit dem Frühjahr 2020 mit stetig wachsenden, massiven Mitteln betreiben.

Dabei war unser Augenmerk immer darauf gerichtet, friedlichen und kreativen Protest gegen staatliche Machtüberschreitung vorzutragen und eine kritische Gegenstimme gegen die veröffentlichte Meinung zu sein.

Die aktiven und die stillen Unterstützer der beteiligten Initiativen sind inzwischen so zahlreich und konnten inzwischen so viele Menschen (übrigens viele davon „C19-geimpft“) dazu bewegen, friedlich - aber bestimmt - mitzumachen, dass das staatliche Gewaltmonopol an seine Grenzen stößt. Die Polizei ist mancherorts überfordert (<http://tinyurl.com/y6c2h2a1>).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das staatliche Gewaltmonopol zugunsten der Bürger steht und nicht die „Privatarmee“ der Regierenden ist. Polizei und Versammlungsbehörden dürfen nicht politisch instrumentalisiert werden. Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Malchow hat es sehr treffend formuliert: „*Es darf nicht dazu kommen, dass die Bürger an der Funktionstüchtigkeit des Staates zweifeln. Das könnte eine Gefahr sein*“.

In diesem Sinne setzen wir uns weiterhin für einen friedlichen Wandel hin zu einer diskriminierungs-freien Gesellschaft ein, in dem unsere hart erkämpften Grundrechte wieder für alle Menschen in diesem Land uneingeschränkt und vor allem dauerhaft gelten.

Initiativen zum bedingungslosen Erhalt unser aller Grund- und Menschenrechte

Allianz PRO Grundgesetz, Gelnhausen	
Aschaffenburg steht auf!	
Buchen steht auf	
FREE ODW, Michelstadt	
FREIHEITSSÄNGER, Frankfurt	
Gemeinsam für Freiheit, Rimbach	
Hofheimer Freiheitsboten	
Initiative Bergstraße steht auf, Heppenheim	
QUERDENKEN-615, Darmstadt	
QUERDENKEN-69, Frankfurt	
QUERDENKEN-6051, Gelnhausen	
WEITERDENKEN-MARBURG	

***Danke! An die Menschen, die für unser aller Freiheit auf die Straßen gehen.  
Danke! An die Polizisten und Richter, die die Verfassung schützen.  
Danke! An die Ärzte, die den Nürnberger Codex wahren.  
Danke! An die Medien, die ehrlich Bericht erstatten.  
Danke! An alle, die mutig sind, kritisch zu hinterfragen.  
Danke! An alle jene, die gestern, heute und morgen Gesicht zeigen.  
Danke! An die, die aus der Geschichte lernen.  
Danke! An alle Mitglieder der Menschheitsfamilie, die nicht mehr wegschauen.  
Danke! An alle, die wahrhaftig nach Wahrheit suchen!***

***Ihr seid Helden!***

***Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.***

***Wann, wenn nicht jetzt?***

***Wo, wenn nicht hier?***

***Wie, wenn ohne Liebe?***

***Wer, wenn nicht wir?***

### **Kommunalbrief des Hess. Innenministers vom 7.1.2022:**

wie im gesamten Bundesgebiet fanden auch am vergangenen Montag wieder in vielen Städten und Gemeinden in Hessen Versammlungen statt oder es fanden sich Personen zusammen, die Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie zum Ausdruck bringen wollten. Insgesamt beteiligten sich landesweit etwas mehr als 10.000 Personen. Die Versammlungsgrößen variieren dabei von wenigen Dutzend Personen bis hin zu rund 1.000 Menschen.

In Fulda wurden Polizisten von einem Teilnehmer angegriffen, der daraufhin vorläufig festgenommen wurde. Die Versammlung wurde zudem aufgrund von Verstößen gegen die Corona-Regeln aufgelöst. Die Versammlungen und Ansammlungen in Hessen verliefen dennoch in der Regel friedlich, bei festgestellten Verstößen gegen erlassene Auflagen wird durch die Polizei Hessen im ersten Schritt ein kommunikativer Ansatz umgesetzt. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen folgten im Nachgang der Versammlungen in Einzelfällen Identitätsfeststellungen, um Verstöße zu ahnden. Unabhängig davon wurden Straftaten konsequent verfolgt.

#### **Landeskriminalamt und Verfassungsschutz wachsam**

Die Entwicklungen der Versammlungslagen in Hessen werden auch in den kommenden Wochen von den hessischen Sicherheitsbehörden sehr wachsam beobachtet und polizeiliche Maßnahmen im engen Schulterschluss mit den kommunal zuständigen Versammlungs- und Gefahrenabwehrbehörden fortlaufend angepasst. Die hessische Polizei prüft im Vorfeld der sogenannten „Montagsspaziergänge“ intensiv in Sozialen Medien und Messenger-Diensten veröffentlichte Aufrufe von Personen oder Gruppen, um regionale Einsatzkonzepte frühzeitig entsprechend anpassen zu können. Das Hessische Landeskriminalamt hat zudem eine Stelle zur Informationssammlung eingerichtet, um wichtige Erkenntnisse, darunter auch staatschutzrechtliche, zu bündeln und dauerhaft einer Gefährdungsanalyse unterziehen zu können. Zusätzlich stehen die polizeilichen Experten im ständigen Austausch mit dem Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV).

Dem LfV ist bekannt, dass insbesondere Rechtsextremisten aus dem parteigebundenen Spektrum – so etwa Aktivisten der Kleinstpartei Der III. Weg oder auch Anhänger der NPD – fortlaufend für das Veranstaltungsformat der „Spaziergänge“ über die sozialen Medien werben, an entsprechenden Veranstaltungen in Hessen teilnehmen sowie über ihre Teilnahme berichten. Alle Erkenntnisse der hessischen Sicherheitsbehörden zu gleichgelagerten Versammlungen oder aus der Szene der Querdenker und Corona-Skeptiker – auch aus der Vergangenheit – werden gebündelt und fließen in die aktuellen Einsatzplanungen ebenfalls mit ein.

Einerseits hat der Infektionsschutz einen hohen Stellenwert, andererseits ist die Gewährleistung der durch das Grundgesetz garantierten Versammlungsfreiheit ein verfassungsmäßiger Auftrag der Polizei. Für die Polizei gilt es daher, friedliche und gewaltfreie Versammlungen zu ermöglichen **und die Einhaltung verfügbarer Auflagen** (bspw. Tragen eines Mund-Nase-Schutzes & Einhaltung von 1,5m Sicherheitsabstand) sicherzustellen. Versammlungen bedürfen keiner Genehmigung, sie müssen jedoch grundsätzlich zeitgerecht bei der zuständigen Versammlungsbehörde angezeigt werden.

Zwar liegen den hessischen Sicherheitsbehörden aktuell keine konkreten Hinweise für eine Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger in Hessen vor, dennoch bleiben alle sieben Präsidien mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei weiterhin wachsam und werden mit starker Präsenz Versammlungen begleiten und insofern notwendig auch auflösen.

Dabei setze ich weiterhin auf die Unterstützung der kommunalen Familie als bewährte Sicherheitspartner auch in der Pandemie. Ich möchte Sie und Ihre Verwaltung ermutigen, weiterhin den kurzen Draht in Ihre zuständigen Polizeidienststellen zu suchen, gerade im Vorfeld von möglichen Versammlungen oder Ansammlungen, damit wir uns gemeinsam bestmöglich zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in unserem Land aufstellen können. Ziel muss weiterhin ein Schulterschluss der Hessischen Sicherheitsbehörden und der Kommunen sein, um ein gemeinsames umfassendes Lagebild für verhältnismäßige aber entschlossene Reaktionen auf eventuelle Gefahrenpotenziale für die hessischen Bürgerinnen und Bürger zeigen zu können.